

Anträge

1. Wir beantragen eine Erhöhung der Grundsteuer um jeweils 5 Punkte in beiden Jahren als Inflationsausgleich.

2. Wir beantragen, dass der Gemeinderat über die Idee der suffizienten Stadtplanung informiert wird und sich mit Umsetzungsmöglichkeiten in Fellbach (s. 10-Punkte-Programm) befasst. Externe Unterstützung wäre dabei hilfreich, ist aber nicht dringend notwendig. Die einzelnen Punkte aus dem 10-Punkte-Programm können auch separat behandelt und beschlossen werden.

10-PUNKTE PROGRAMM FÜR SUFFIZIENTE STADTPLANUNG

1) Wir regen an, dass die Stadt vermehrt Sanierungskostenzuschüsse bei bauhistorisch bedeutenden Gebäuden (die nicht unter Denkmalschutz stehen müssen) über 100 Jahre auflegt.

2) Wir regen an, dass sanierungsbedürftige, aber erhaltenswerte Wohngebäude, die jünger als 100 Jahre sind, von der Stadt erworben und günstig an Selbstnutzer, auch gerne Kollektive, veräußert werden, die im Gegenzug zur Sanierung und sozialverträglichen Nutzung verpflichtet werden. Programme wie "Jung kauft alt" unterstützen bei Gutachten und Umzugskosten.

3) Wir regen an, dass die Stadt über Gebäudesanierungsprogramme von Bund und Land informiert.

4) Wir regen die Auflegung von Sanierungsprogrammen zum Um- und Ausbau von Dachböden und Kellern zu Einliegerwohnungen an. Eventuell kann im Rahmen des Möglichen auf die Stellplatzabgabe verzichtet werden, den Ausbau von Maisonette- oder Einliegerwohnungsausbau verteuert.

5) Büroleerstand sollte einfacher in Wohnraum umgewandelt werden können.*

6) Für Besitzer von Leerstandswohnungen regen wir eine Umbau- und Sanierungsberatung an.

7) Wir regen die Einrichtung einer Wohnungstauschbörse an und die Subventionierung von derart vermittelten Umzügen nach dem Beispiel der GWH Hessen. Diese Börse kann auch für die Vermittlung von Wohnpartnern, z.B. für WG oder zur Untermiete einschließen. Nach dem Modell 'Jung hilft Alt' können auch intergenerationelle Wohnformen gefördert werden.

8) Aufstockungspotentiale in Fellbach sollen ermittelt und geeignete Rahmenbedingungen für entsprechende Projekte verbessert werden. Antrag auf Gutachten

9) Holzbau oder Holzhybridbau sind nachhaltiger als Neubau mit Beton und zumeist auch schneller zu realisieren. Deshalb regen wir die Förderung dieser Bautechnik durch Informationen, Konzeptvergaben u.ä. an.

10) Damit auch Familien wieder angemessenen Wohnraum in Fellbach finden, regen wir die Konzentration auf Wohnhäuser in der Innenentwicklung mittels Konzeptvergaben an, die in Holz- oder Holzhybridbauweise nachhaltig den Raumbedarf von Familien decken können, ohne dafür wertvolle Freiflächen zu zerstören.

*Selbst in boomenden Wirtschaftsregionen gibt es zum Teil erhebliche Leerstände bei Büroflächen, sogar kleine gewerbliche Leerstände, die wegen ihrer Größe fürs Gewerbe nicht mehr geeignet sind. Hier könnte Wohnraum geschaffen werden schon allein mit den Mitteln des Baurechts. Vorteilhaft wäre auch eine Erhebung zu leerstehenden Einzelhandelflächen - welche von ihnen könnten wieder für Einzelhandel aktiviert werden? Wenn für Einzelhandel völlig unattraktiv - unter welchen Konditionen und mit welcher Unterstützung wäre Umbau zu Wohnflächen möglich?

3. Wir beantragen den Erhalt der Lindenallee auf dem ehemaligen Freibadgelände als eine kleine Parkanlage.

4. Wir beantragen ein Gutachten über die Luftzirkulation in der Stadt.

5. Wir beantragen eine Bewerbung Fellbachs um die Auszeichnung als „Fairtrade-Town“

6. Wir beantragen eine Neubehandlung dem Thema „Grabsteine ohne ausbeuterische Kinderarbeit“:

1) Bündnis 90/Die Grünen beantragen, die derzeit geltende Friedhofsordnung der Stadt Fellbach vom 9.12.2014 dahingehend zu ändern, dass in § 20, Absatz 3 folgende Änderung vorgenommen wird:

"Es dürfen nur Grabmale aufgestellt werden, die nachweislich in der gesamten Wertschöpfungskette ohne ausbeuterische Kinderarbeit (...) hergestellt sind.

2) Darüber hinaus beantragen Bündnis 90/Die Grünen § 30, Absatz 1, Ziffer 6 der Friedhofsordnung zu ändern in:

"entgegen § 20 Abs. 1 Satz 1 Grabmale ohne vorheriges Kenntnissgabeverfahren errichtet oder verändert oder diese nach § 24 Abs. 1 Satz 1 ohne vorherige schriftliche Zustimmung der Stadtverwaltung entfernt oder entgegen § 20 Abs. 3 Grabmale aufstellt, die nicht nachweislich ohne ausbeuterische Kinderarbeit im Sinne der Konvention 182 der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) hergestellt wurden."

Begründung:

Bündnis 90/Die Grünen beantragten bereits bei den Haushaltsberatungen für 2012 ein Verbot der Aufstellung von Grabsteinen aus ausbeuterischer Kinderarbeit, was damals aufgrund der Rechtslage auf Landesebene abgelehnt wurde. Mit der Novellierung des Bestattungsgesetzes vom 20.6.2012 hat der Landesgesetzgeber in § 15, Absatz 3 den Kommunen zugestanden, mittels Satzung oder Polizeiverordnung die Aufstellung von Grabsteinen aus ausbeuterischer Kinderarbeit im Sinne der ILO Konvention 182 zu verbieten. Daraufhin hat der Fellbacher Gemeinderat auf Antrag der CDU-Fraktion einstimmig im Februar 2013 eine dahingehende Änderung der Friedhofssatzung beschlossen. Der Klage eines Steinmetzen gegen eine ähnliche Friedhofssatzung der Stadt Kehl gab der Verwaltungsgerichtshof Mannheim im April 2014 statt. Es sei nicht hinreichend erkennbar, welche - auch verlässlichen - Nachweismöglichkeiten für die Herkunft der Steine bestünden. Es gebe keine Anerkennung für Zertifikate durch eine zuständige staatliche Stelle; auch die Kehler Satzung benenne nicht näher, welche Nachweise vorgelegt werden müssten. Bereits aus diesen Gründen sei die Vorschrift dort unwirksam. Eine Revision haben die Richter nicht zugelassen (Az 1 S 1458/12). Darauf hin hat der Gemeinderat einer Änderung der Friedhofsordnung 2014 dahingehend zugestimmt, dass die Muss-Vorschrift des Verbotes von 2013 in eine Soll-Vorschrift geändert wird, um gleichgelagerten Klagen die Grundlage zu entziehen. Wenn Bündnis 90/Die Grünen nun ein Zurück zu den Regelungen von 2013 beantragt, dann geschieht dies in der Überzeugung, dass sich zwischenzeitlich die zwei Kernvorwürfe des Verwaltungsgerichtshofes heilen lassen.

Verlässliche Nachweise über die Herkunft der Grabsteine bietet seit Frühjahr 2017 eine Siegelprüfinitiative der Bundesregierung mit Namen www.siegelklarheit.de. Sie genügt der Erwartung des Verwaltungsgerichtshofes, dass eine zuständige staatliche Stelle Zertifikate überprüft und gegebenenfalls anerkennt. Auf Siegelklarheit sind auf dem Gebiet der

Natursteine zwei Siegelinitiativen benannt, Win-Win-Fairstone und Xertifix, die den Anforderungen der Bundesregierung in Fragen von Herkunft und Herstellungsbedingungen genügen. Juristisch zu prüfen wäre, ob die Nennung dieser beiden Initiativen als beispielhaft im Satzungstext der Forderung des Verwaltungsgerichtshofes nachkommt, wenn er fordert, es solle näher benannt werden, welche Nachweismöglichkeiten für die Herkunft der Steine es gibt. Zu klären wäre auch noch, welche Herkunftsländer in seine solche verschärfte Überprüfung einbezogen werden müssten. Hier gibt es aktuelle Forschungen: Walter Ebelei.: Kinderarbeit im Naturstein-Sektor. Wissenschaftliche Studie zu §4a des. Gesetzes über das Friedhofs- und Bestattungswesen des Landes Nordrhein-Westfalen (Bestattungsgesetz – BestG NRW) vom November 2016. Das Autorenteam kommt zum Ergebnis, dass eine Zertifizierung für die Herkunftsländer Indien, China, Vietnam und die Philippinen vorzuschreiben sei (ebd. S.4) .

7. Wir beantragen ein Pilotprojekt zum Anwohnerparken im Komponisten-Quartier.

8. Wir beantragen drei zusätzliche Stellen für den Kommunalen Ordnungsdienst
Im Januar soll mit zwei zusätzlichen Außendienstmitarbeitern beim Ordnungsamt der Aufbau eines Kommunalen Ordnungsdienstes begonnen werden. Wir meinen immer noch, dass nur zwei zusätzliche Mitarbeiter für den Umfang der Kontrollaufgaben zu wenig sind und beantragen deshalb, weitere Mittel für drei zusätzliche Stellen im Kommunalen Ordnungsdienst bereitzustellen."

9. Wir beantragen eine Untersuchung, ob fußgängerfreundlichere Ampelschaltungen in der Stadt (unter anderem am Cannstatter Platz sowie Schaltungen an den U1-Haltestellen, die eine zügige, sichere Querung gerade bevor die Straßenbahn kommt) möglich sind.

10. Wir beantragen, dass die Stadt in der Bahnhofstraße Schließfächer für Einkäufe platziert werden. Im Gegenteil zu Autofahrenden haben Kundinnen und Kunden, die zu Fuß oder mit Fahrrad kommen, ein Nachteil: sie können ihre Einkäufe nicht im Auto lassen und müssen sie mit sich tragen. Ein Schließfach löst das Problem.

Anfragen

1. Wir bitten um Informationen, ob auf öffentlichen Flächen – wie zum Beispiel Randstreifen von Verkehrsflächen – artenreiche, einheimische, bienen- und insektenfreundliche Kräuter und Stauden eingesetzt werden und ob weitere Maßnahmen zur Förderung der Biodiversität vorgesehen sind.

2. Qualität der Grünflächen hängt von der entsprechenden Pflege ab. Wir würden gerne wissen, wie viele Flächen von städtischen Mitarbeitern gepflegt werden und wie viele extern vergeben und wie sich das auf die Kosten auswirkt. Wir bitten auch um eine Zusammenstellung, welche Mittel sind erforderlich für interne/externe Fläche? Wie setzen sie sich zusammen?

3. Wir bitten den Gemeinderat umfassend zu informieren, wie die weiteren Planungen und mögliche Konzepte für die Schmidener Erholungsanlage aussehen und in wieweit eine Zusammenarbeit mit dem NABU vorgesehen ist.
4. Hat Fellbach eine/n Klimamanager/in? Falls nicht - wer ist in Fellbach für Klimafragen zuständig?
5. Wir bitten um Auskunft, wann das Thema Anlagerichtlinien (inkl. ethische Komponente) beraten wird.
6. Im Verkehrsausschuss wurde angekündigt, dass die Verwaltung die Anschaffung eines weiteren Geschwindigkeitsmessgerätes beabsichtigt. Ist auch sichergestellt, dass die dadurch entstehende Mehrarbeit -die Verwarnungen und Bußgeldbescheide müssen ja zeitnah bearbeitet werden- von der Bußgeldstelle geleistet werden kann?
7. Wir bitten um Auskunft zur personellen Situation im Baudezernat. Welche Stellen konnten schon besetzt werden? Welche Stellen sind ausgeschrieben? Gibt es vakante Stellen, die noch nicht ausgeschrieben wurden?
8. Das Land stellt Fördergelder in beträchtlicher Höhe beim Anschaffen von E-Fahrzeugen vom E-Lastenrad bis E-LKW. Eine Umstellung mancher Lieferservices auf E-Mobilität würde uns allen nutzen. Ist es geplant, dass die Stadt Fellbacher Unternehmen zu diesem Schritt ermutigt und mit einem Ladenetz versorgt?
9. Seit 2013 bietet der Landkreis das Projekt „bike & work“ an und hilft jeweils etwa ein Jahr lang Unternehmen und Institutionen fahrradfreundlicher zu werden. Die Region Stuttgart preist das Projekt: „Radfahren auf dem täglichen Arbeitsweg oder für Dienstfahrten hilft PKW-Nutzung vor allem für Kurzstreckenfahrten zu vermeiden“. An der letzten Projektrunde nahm auch die Süddeutsche Krankenversicherung teil, eine nächste Runde kommt. Da die Teilnahme an „bike & work“ für kreisansässige Betriebe kostenfrei ist, bietet sich für die Stadt eine kostensparende Gelegenheit berufliches Mobilitätsverhalten positiv zu verändern. Ist es geplant die Unternehmen und Institutionen auf das Projekt aufmerksam zu machen?
10. In der Aussegnungshalle in Schmidlen gibt es zum Teil Probleme mit der Akustik. Wir bitten um Auskunft, ob eine Lösung wie in der Schwabenlandhalle möglich wäre und welche Kosten dabei entstehen würden,
11. Immer wieder hören wir aus Oeffingen, dass die ÖPNV-Anbindung zu wünschen übrig lässt. Kein Wunder: im Gegenteil zu anderen Stadtteilen hat man hier nur die eine Buslinie. Oeffingen Ost oder Langes Tal mit ihren Höhenunterschieden sind noch mehr abgehängt. Wir bitten um Prüfung, ob bessere Anbindung Oeffingens (insbesondere Oeffingen Ost) an den ÖPNV möglich ist.
12. Nach Anfragen aus der Bürgerschaft bitten wir um Prüfung, ob eine Bedarfshaltestelle der Buslinie 58 beim Bauerles Verkaufsstand möglich wäre.
13. Die AGFK-BW, deren Mitbegründerin unsere Kommune ist, der VCD, ADFC und andere Verbände bieten eine Reihe von Projekten an, die Radnutzung unter Kindern und Jugendlichen populärer und sicherer zu machen. Das Verkehrsministerium hat anlässlich des 200-Jahre-Jubiläums eine Materialsammlung „FahrRad und Schule“ herausgegeben. Welche von diesen Projekten könnten auch in Fellbach stattfinden?

Als Beispiel wären da: die SchulRadler für Fünftklässler, Schülermentorinnen ab Klasse 6, RadHelden für Grundschulen, oder Bikepools für gemeinsame Fahrradaktionen auch mit Kindern die kein eigenes Fahrrad haben.

14. Ein Meilenstein auf dem Weg zu sicheren Schulwegen ist die landesweite Bereitstellung des „Radschulwegplaners Baden-Württemberg“ zum Beginn des Schuljahres 2016/17. Die landesweite Einführung des Verfahrens wird durch das Ministerium für Verkehr finanziert. Einmalig ist auch die unkomplizierte Einbindung der Kommunen in den Planungsprozess. Diese sind per Erlass der Landesregierung gemeinsam mit den Schulen für die Erstellung der Radschulwegpläne verantwortlich.

<https://www.fahrradland-bw.de/radverkehr-in-bw/kommunikation-bildung-sicherheit/radschulwegplan/>

Bei so viel Unterstützung seitens des Landes sollte das Erstellen von Radschulwegeplänen im Interesse der Sicherheit unserer Kinder nicht auf die lange Bank geschoben werden. Das GSG hat schon einen solchen Plan mit eigenen Kräften erstellt. In den anderen Schulen wäre es ein gutes Thema für eine Informatik-AG. Hier haben wir vor allem Koordinationsaufgaben zu erfüllen – die Hauptarbeit erledigen die Schülerinnen und Schüler in Zusammenarbeit mit Lehrkräften und Elternbeiräten.

Wir bitten um Auskunft, was genau in Fellbach schon gemacht wurde und was geplant ist.

15. Wir bitten um Auskunft, ob in der Pedelec-Station auch ein E-Lastenrad möglich wäre.

16. Wir bitten um Auskunft, ob eine weitere Pedelec-Station an der Lutherkirche anvisiert ist.

17. Nach Staffel war eine Fahrradüberführung vorgesehen. In der nächsten Zeit wird sie kaum realisiert, deswegen finden wir wichtig, die Gleisquerung in der Höhestraße für Radverkehr zu ertüchtigen. Was wäre dort möglich?

18. Ist es geplant, im Zuge der Erneuerung des Schmidener Ortskerns die längst überfällige Umsetzung der Empfehlungen des Fußverkehrschecks mit Schmidender Schulerschaft umzusetzen?